IfW KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

KIELER KONJUNKTUR-BERICHTE

Weltkonjunktur im Sommer 2017

Abgeschlossen am 14. Juni 2017

Nr. 31 (2017|Q2)

Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Stefan Kooths und Ulrich Stolzenburg

Prognosezentrum

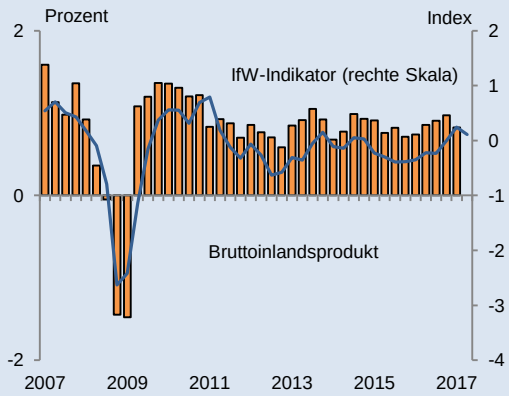
WELTKONJUNKTUR IM AUFWIND

Klaus-Jürgen Gern, Philipp Hauber, Stefan Kooths und Ulrich Stolzenburg

Die Weltwirtschaft befindet sich Mitte des Jahres 2017 im Aufschwung. Vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die wirtschaftliche Stimmung gut, aber auch in den Schwellenländern hat sich die konjunkturelle Lage spürbar verbessert. Die Unsicherheit über die künftige Wirtschaftspolitik ist zwar groß, sie dämpft die wirtschaftliche Aktivität derzeit aber offenbar nicht erheblich. Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich von 3,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 3,6 Prozent bzw. 3,7 Prozent in den Jahren 2017 und 2018 erhöhen. Wir haben unsere Prognose vom März damit für beide Jahre leicht – um 0,1 Prozentpunkte – nach oben revidiert. In den Vereinigten Staaten dürfte sich der Produktionsanstieg auch dank spürbarer fiskalischer Impulse auf 2,2 Prozent in diesem und 2,5 Prozent im nächsten Jahr beschleunigen. Die konjunkturelle Erholung im Euroraum setzt sich mit Zuwachsraten von etwa 2 Prozent in diesem und im nächsten Jahr fort. Während sich der Produktionsanstieg in den meisten Schwellenländern verstärken dürfte, ist für China eine allmähliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion zu erwarten. Risiken für die Prognose für die Prognose resultieren vor allem aus den politischen Unwägbarkeiten und möglichen Problemen im Zusammenhang mit der anstehenden Normalisierung der Geldpolitik.

Die Weltwirtschaft hat an Schwung gewonnen. Nachdem die Weltkonjunktur im Verlauf des Jahres 2016 deutlich Fahrt aufgenommen hatte, expandierte das globale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2017 zwar wieder etwas langsamer, dies war aber nicht zuletzt auf geringere Zuwachsraten der Produktion in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, die sich als vorübergehend erweisen dürften. Der IfW-Indikator für die weltwirtschaftliche Aktivität, der auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird, stieg in den ersten Monaten des Jahres weiter an und deutet trotz eines leichten Rückgangs im Frühjahr darauf hin, dass die konjunkturelle Dynamik bis zuletzt robust geblieben ist (Abbildung 1). Die weltwirtschaftliche Expansion ist derzeit breit abgestützt. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die wirtschaftliche Stimmung nach wie vor gut, auch wenn der IfW-Indikator für diese Ländergruppe zuletzt nicht mehr auf so hohem Niveau lag wie zu Beginn des Jahres – dies vor allem, weil die

Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität 2007–2017



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Indikator berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

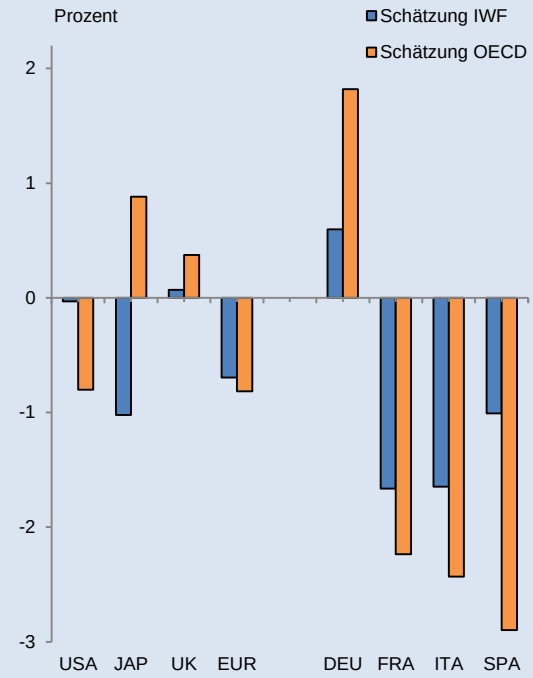
Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

Erwartung kräftiger wirtschaftspolitischer Impulse durch die neue Regierung in den Vereinigten Staaten offenbar etwas zurückgenommen wurde. In den Schwellenländern ist die Stimmung zwar immer noch gedämpft, aber weit entfernt von dem Tief, das zu Beginn des vergangenen Jahres verzeichnet worden war. Die weltwirtschaftliche Belebung zeigt sich nicht zuletzt auch im Welthandel, der in den ersten Monaten des Jahres weiter zulegte. Nach den monatlich verfügbaren Schätzungen des CPB für das Welthandelsvolumen wurde im März mit 5,6 Prozent im Vorjahresvergleich die höchste Zuwachsrate seit dem Frühjahr 2011 verzeichnet.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich die Dynamik vom privaten Konsum hin zu den Investitionen verschoben. Das Bruttoinlandsprodukt dieser Ländergruppe erhöhte sich im ersten Quartal mit einer Rate von 0,4 Prozent etwas langsamer als im zweiten Halbjahr. Dabei verlor insbesondere der private Konsum an Schwung, vor allem weil die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aufgrund des energiepreisbedingt höheren Preisauftriebs schwächer stiegen als zuvor. Die Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen nahm hingegen insgesamt merklich zu. Hierin spiegelt sich einmal, dass die Produktionskapazitäten zunehmend ausgelastet sind; auch wenn sich die Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke zum Teil deutlich unterscheiden, wird nur noch in wenigen (insbesondere europäischen) Ländern eine gravierende Unterauslastung des Produktionspotenzials konstatiert (Abbildung 2). Stützend wirkt zudem, dass der weltweite Zyklus im IT-Sektor inzwischen deutlich aufwärts gerichtet ist (OECD 2017: 23). In den Vereinigten Staaten zogen mit der Erholung bei den Ölpreisen auch die Investitionen in der Ölindustrie wieder stark an, wenngleich sie bei weitem noch nicht wieder ihr Niveau von vor zwei Jahren erreicht haben (Deutsche Bundesbank 2017: 17).

Temporäre Verlangsamung in den Vereinigten Staaten, kräftige Expansion im Euroraum. In den Vereinigten Staaten erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal

Abbildung 2:
Produktionslücke 2017



Werte für 2017; Differenz von Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial in Relation zum Produktionspotential.

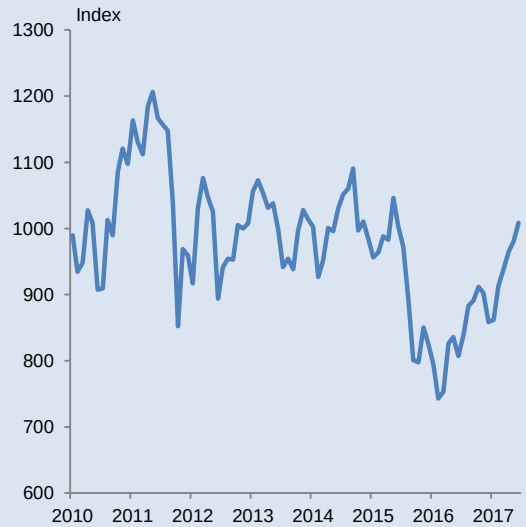
Quelle: Internationaler Währungsfonds, *WEO April 2017*; OECD, *Economic Outlook*.Juni 2017.

2017 lediglich um 0,3 Prozent. Die Verlangsamung gegenüber den in den Quartalen zuvor verzeichneten Zuwachsraten reflektiert allerdings nur zu einem Teil eine Verringerung der konjunkturellen Grunddynamik. Sie ist teilweise einem negativen Expansionsbeitrag der Lagerinvestitionen geschuldet, der häufig von einer gegenläufigen Entwicklung im nächsten Quartal gefolgt wird. Zudem sind die Energiepreise zuletzt wieder leicht gesunken, womit der dämpfende Effekt auslaufen dürfte, der von dieser Seite ausgegangen war. Schließlich scheint es Probleme bei der Saisonbereinigung zu geben, die dazu führen, dass seit einigen Jahren die Aktivität im ersten Quartal möglicherweise systematisch zu gering ausgewiesen wird. Deutlich verlangsamt hat sich auch der Produktionsanstieg im Vereinigten Königreich, wo für das erste Quartal nur noch ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent verzeichnet wurde, nach 0,7 Prozent zum Ende des vergangenen Jahres. Vor allem der private Konsum, der im vergangenen Jahr

die kräftige konjunkturelle Expansion getragen hatte, verlor erheblich an Schwung. Hier wirkte sich offenbar der Druck auf die real verfügbaren Einkommen aus, der durch den kräftigen Anstieg der Inflation – ganz wesentlich eine Folge der drastischen Abwertung des Pfund Sterling nach der Entscheidung der Bevölkerung für den Brexit – ausgeübt wird. Im Euroraum legte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit einer Rate von 0,6 Prozent hingegen sogar beschleunigt zu. Der private Konsum legte auch dank einer robusten Beschäftigungsentwicklung nur wenig verlangsamt zu, und der verringerte Expansionsbeitrag von den Investitionen wurde dadurch mehr als wettgemacht, dass der Außenhandel anders als im Vorquartal rechnerisch neutral wirkte.[1] Besonders deutlich macht sich die Belebung der europäischen Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU bemerkbar, wo die Zuwachsraten im ersten Quartal zumeist über 1 Prozent lagen.

Die Konjunktur in den Schwellenländern verlief zuletzt uneinheitlich. Die Wirtschaft in den Schwellenländern hat im Verlauf des vergangenen Jahres deutlich an Fahrt gewonnen. Hierzu trug insbesondere bei, dass die Wirtschaftspolitik in China stark expansiv ausgerichtet war. In den vergangenen Monaten hat sich die Dynamik der chinesischen Wirtschaft aber erneut abgeschwächt, nachdem die chinesische Regierung ihren Fokus offenbar wieder vermehrt auf die Eindämmung der mit der hohen Verschuldung einhergehenden Risiken gelegt hat. Im ersten Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt lediglich mit einer Rate von 1,3 Prozent (im Vorjahresvergleich erhöhte sich der Zuwachs allerdings leicht auf 6,9 Prozent), und der staatsunabhängig erhobene Caixin-Einkaufsmanagerindex signalisierte zuletzt eine erneute Schwäche in der Industrie. In den übrigen Schwellenländern setzte sich die konjunkturelle Besserung hingegen zumeist fort. So expandierte die russische Wirtschaft zu Jahresbeginn weiter in moderatem Tempo, in Brasilien legte das Bruttoinlandsprodukt nach zweijähriger tiefer Rezession sogar recht kräftig zu (+1 Prozent gegenüber Vorquartal).

Abbildung 3:
Aktienkurse in den Schwellenländern 2010–2017



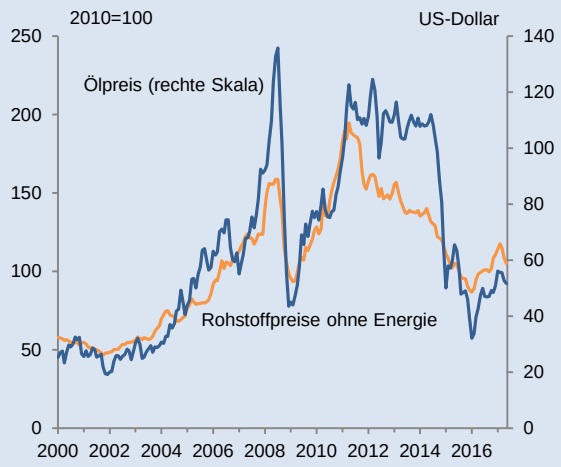
Monatdsaten.

Quelle: Thomson Financial Datastream; MSCI Emerging Markets.

[1] Die Dynamik der verwendungsseitigen Aggregate des Euroraums wurde zuletzt (erneut) durch Sonderentwicklungen bei den VGR-Zahlen für Irland geprägt. Von dem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen im Euroraum im vierten Quartal 2016 um 3,4 Prozent gingen nahezu drei Viertel auf die Zunahme der Investitionen in Irland zurück, für die ein Anstieg um 86 (!)Prozent gegenüber dem Vorquartal ausgewiesen wurde (bedingt vor allem durch die Aktivierung von geistigem Eigentum wie Software, Lizenzrechte, Patente). In der Zuwachsrate der Bruttoanlageinvestitionen im Euroraum für das erste Quartal 2017 sind die Zahlen für Irland, die mit Verzögerung veröffentlicht werden, derzeit noch nicht enthalten. Verglichen mit dem Investitionsanstieg im Euroraum ohne Irland von 0,9 Prozent im vierten Quartal bedeutet der Zuwachs von 1,3 Prozent eine Verstärkung der Investitionsaktivität. Sollte das im Schlussquartal 2016 sprunghaft erhöhte Investitionsniveau Irlands nicht dauerhaft gehalten werden, würde dies zu einer Abwärtsrevision der gegenwärtigen Investitionszahlen für den Euroraum führen, die substanziell ausfallen könnte. Ähnliches gilt für den Außenbeitrag, da der drastische Investitionsanstieg mit einem ebenso dramatischen Anstieg der Importe einherging, der maßgeblich für den negativen rechnerischen Expansionsbeitrag des Außenhandels im vierten Quartal 2016 von -0,9 Prozentpunkten verantwortlich. Sollten die sprunghaft gestiegenen irischen Importe im ersten Quartal wieder auf „Normalmaß“ zurückgefallen sein, führte dies dazu, dass mit Einarbeitung der Zahlen aus Irland der rechnerische Außenbeitrag im ersten Quartal für den gesamten Euroraums deutlich nach oben revidiert und klar positiv werden würde.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten gibt unterschiedliche Signale. Die Kurse an den Aktienmärkten deuten derzeit auf eine kräftige Konjunktur hin. Dies gilt nicht nur für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wo wichtige Aktienindizes in den vergangenen Monaten kräftig zulegten und zum Teil historische Hochs erreichten, sondern auch für die Schwellenländer, in denen die Aktienkurse seit Anfang 2017 sehr stark gestiegen sind (Abbildung 3). Hingegen deutet die Tatsache, dass die Renditen auf langfristige Staatsanleihen nach dem sprunghaften Anstieg im Gefolge der US-Präsidentschaftswahl tendenziell wieder gesunken sind, auf einen etwas nachlassenden Konjunkturoptimismus. In die gleiche Richtung weist die Entwicklung bei den Rohstoffpreisen, die sich im Frühjahr zum Teil spürbar zurückgebildet haben. Besonders deutlich war dies bei einigen Industrierohstoffen, etwa Eisen und Kupfer, deren Preise wesentlich von der Nachfrage aus China geprägt werden. Aber auch die Ölnotierungen sind zuletzt tendenziell wieder gesunken. Der Preis für ein Fass der Sorte Brent war Mitte Juni mit 48 US-Dollar kaum höher als vor dem Beschluss der OPEC Ende November 2016, die Ölförderung spürbar einzuschränken (Abbildung 4), und dies, obwohl die Förderquoten

Abbildung 4:
Rohstoffpreise 2000–2017



Monatsdaten; Rohstoffpreise: HWWI-Index auf US-Dollarbasis; Ölpreis: Spotpreis Sorte Brent.

Quelle: International Petroleum Exchange via Thomson Financial Datastream; HWWI, *Rohstoffpreisindex*.

in für die meisten Experten überraschend großem Umfang eingehalten wurden. Zu einem Teil lässt sich das Nachgeben des Ölpreises durch den Anstieg des Ölangebots aus Ländern erklären, die sich nicht an der Kartellabsprache zur Förderkürzung beteiligt hatten, nicht zuletzt den Vereinigten Staaten. Möglicherweise ist aber auch die Nachfrage zuletzt hinter den Erwartungen zurück geblieben, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass die wirtschaftliche Aktivität etwas an Schwung verloren hat.

Die Unsicherheit über die künftige Wirtschaftspolitik ist groß, sie dämpft die wirtschaftliche Aktivität derzeit aber offenbar nicht erheblich. Im vergangenen Jahr ist die wahrgenommene Unsicherheit über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weltweit und insbesondere für die großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften spürbar gestiegen, wozu der Volksentscheid der Briten über den Austritt aus der Europäischen Union und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten wesentlich beigetragen haben. Dies zeigt etwa der von Baker, Bloom und Davis entwickelte Policy Uncertainty Index, der vor allem auf der Auswertung von Printmedien nach bestimmten Schlüsselwörtern basiert. Gleichzeitig ist aber die Volatilität an den Finanzmärkten, die ebenfalls häufig als Maß für die wirtschaftliche Unsicherheit verwendet wird, nicht gestiegen, haben die Aktienkurse kräftig zugelegt und hat sich die Weltkonjunktur spürbar belebt. Eine Ursache dafür, dass die höhere politische Unsicherheit offenbar die wirtschaftliche Aktivität bisher nicht stark beeinträchtigt hat, liegt wohl darin, dass gleichzeitig die Erwartung kräftiger wirtschaftspolitischer Impulse (insbesondere in den Vereinigten Staaten) entstanden ist. Auch scheinen die wirtschaftlichen Akteure im Wesentlichen die Auffassung zu haben, dass Maßnahmen, welche die internationalen Wirtschaftsbeziehungen empfindlich treffen würden, etwa eine dezidiert protektionistische Politik in den Vereinigten Staaten oder eine unkoordinierte Herauslösung des Vereinigten Königreichs aus der EU, im politischen Prozess letztlich verhindert werden, dies nicht zuletzt deshalb, weil sie den wirtschaftlichen Interessen einflussreicher Gruppen auf beiden Seiten widersprechen (Kooths und

Potjagailo 2017: IfW-Box 2017.1). Für diese Sichtweise spricht, dass die viel diskutierte Grenzausgleichssteuer, welche potenziell protektionistische Wirkungen hat, (Fiedler 2017: IfW-Box 2017.4) bei der geplanten Unternehmenssteuerreform in den Vereinigten Staaten inzwischen offenbar keine Rolle mehr spielt.

Die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften läuft bei insgesamt expansiver Ausrichtung auseinander. Die wichtigsten Notenbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften fahren derzeit unterschiedliche Kurse. Während in Japan und im Euroraum ein Zeitpunkt für die Abkehr von der Nullzinspolitik noch nicht in Sicht ist und die Diskussion derzeit allenfalls darum geht, ab wann und wie rasch die monatlichen Wertpapierkäufe vermindert werden sollen, befindet sich die US-Notenbank bereits auf einem Kurs der geldpolitischen Normalisierung. Sie hat im Juni das Zielband für ihren Leitzins, die Federal Funds Rate, bereits zum dritten Mal (auf nunmehr 1 bis 1,25 Prozent) angehoben und dürfte im Prognosezeitraum weitere Schritte folgen lassen. Wir rechnen damit, dass die Untergrenze des Zielbandes Ende 2018 bei 1,75 Prozent liegen wird (Tabelle 1). Dies ist nur wenig mehr als die Märkte erwarten, so dass die Politik für sich genommen wohl nicht zu einem deutlichen Anstieg der Kapitalmarktzinsen oder einer weiteren Aufwertung des US-Dollar führen wird. Auch werden die Notenbankzinsen immer noch niedriger sein als die Inflationsrate. Die monetären Rahmenbedingungen in den Vereinigten Staaten dürften sich also nur leicht verschlechtern und insgesamt günstig bleiben. In Japan und im Euroraum wird sich die expansive Wirkung der Geldpolitik angesichts des allmählich zunehmenden Preisauftriebs wohl zunächst sogar verstärken. Für den Euroraum rechnen wir damit, dass die Wertpapierkäufe frühestens Mitte 2018 beendet werden, und der Hauptrefinanzierungssatz im kommenden Jahr noch nicht angehoben wird. Für Japan erwarten wir im Prognosezeitraum keine substanzielle Änderung der Geldpolitik.

Die Impulse von der Finanzpolitik werden stärker. Die Phase der Konsolidierung, in der die Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften darauf ausgerichtet war, die im Zuge der Finanzkrise stark gestiegenen Budgetdefizite zu reduzieren, ist bereits seit einiger Zeit vorbei. Sinkende Defizite waren zuletzt nahezu überall lediglich das Resultat konjunktureller Mehreinnahmen und Minderausgaben oder von Ausgabenentlastungen durch die gesunkenen Zinsen auf Staatsanleihen. Bereits im vergangenen Jahr dürfte die Finanzpolitik insgesamt expansiv ausgerichtet gewesen sein. Für dieses und das nächste Jahr erscheint eine weitere Lockerung der Finanzpolitik wahrscheinlich. Denn unter dem

Tabelle 8.1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2016–2018

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins												
Vereinigte Staaten	0,3	0,3	0,3	0,5	0,8	1,0	1,0	1,3	1,3	1,5	1,8	1,8
Japan	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Euroraum	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,10	1,13	1,12	1,07	1,07	1,11	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13
Yen/US-Dollar	115,3	108,8	102,5	109,4	113,6	111,5	112,0	112,0	112,0	112,0	112,0	112,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	35,3	46,8	47,0	49,5	54,7	51,9	52,2	52,4	52,7	52,9	53,2	53,4
HWWI-Index für Industrierohstoffe	87,7	95,2	97,5	108,8	123,1	111,6	113,3	116,1	119,0	121,2	123,0	124,8

Leitzins: Vereinigte Staaten: Untergrenze des Zielbandes für die Fed Funds Rate; Japan: Tagesgeldzins; Euroraum: Hauptrefinanzierungssatz.

Quelle: HWWI, *Rohstoffpreisindex*; IMF, *International Financial Statistics*; Federal Reserve Bank, *Intended Federal Funds Rate*; EZB, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Eindruck politischer Instabilitäten besteht vielfach die Neigung, der Wirtschaft von fiskalischer Seite Impulse zu geben. Im Euroraum werden die fiskalischen Regeln inzwischen großzügiger ausgelegt, die britische Regierung hat sich von ihren ehrgeizigen Konsolidierungszielen verabschiedet, und in Japan hat die Regierung die für 2017 vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung von 8 auf 10 Prozent ein weiteres Mal – um wenigstens zwei Jahre – verschoben und Maßnahmen angekündigt, um die Wirtschaft anzuregen. In den Vereinigten Staaten schließlich dürfte die neue Regierung bemüht sein, eine substanzielle Senkung der Unternehmenssteuern und der Einkommensteuer umzusetzen, wie es vor der Wahl versprochen und Ende April angekündigt wurde. Aufgrund der hohen fiskalischen Kosten[2] dürfte die skizzierte Reform aber nicht ohne Abstriche durch den Kongress kommen. Wir unterstellen für die Prognose eine Steuersenkung in der Größenordnung von rund 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Ausblick: Weltwirtschaft legt wieder kräftiger zu

Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich von 3,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 3,6 Prozent bzw. 3,7 Prozent in den Jahren 2017 und 2018 erhöhen. Wir haben unsere Prognose vom März damit für beide Jahre leicht – um 0,1 Prozentpunkte – nach oben revidiert. Gemessen an den Zuwächsen in den Aufschwungsphasen der 1990er und 2000er Jahre sind diese Expansionsraten zwar niedrig. Doch dürfte die Wachstumsrate des globalen Produktionspotenzials inzwischen deutlich gesunken sein, so dass die Auslastung der weltweiten Produktionskapazitäten im Verlauf der kommenden beiden Jahre wohl zunehmen wird. Die Beschleunigung des Produktionsanstiegs speist sich in diesem Jahr zu etwa gleichen Teilen aus höheren Zuwächsen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Letztere sind für die leichte weitere Verstärkung im kommenden Jahr verantwortlich (Abbildung 5). Der Welthandel, der im Jahr 2016 nur um rund 2 Prozent expandierte, dürfte in den kommenden beiden Jahren mit Raten von 4,5 Prozent bzw. 4 Prozent deutlich stärker steigen. Gemessen am Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist dieses Expansionstempo aber historisch betrachtet weiterhin nur mäßig (Tabelle 2). Zwar dürften die Importe der ölexportierenden Länder, die im Verlauf des Jahres 2016 stark zurückgegangen sind, mit der Stabilisierung des Ölpreises wieder etwas zulegen. Vor allem die Handelsintensität der Produktion in den Schwellenländern ist aber wohl nachhaltig gesunken.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bleibt die Konjunktur aufwärts gerichtet. Die Produktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte im Projektionszeitraum ungefähr in dem zuletzt beobachteten Tempo steigen, und damit weiter etwas rascher zulegen als das Produktionspotenzial. Zwar werden in den Vereinigten Staaten die Zinsen allmählich erhöht, sie bleiben aber gemessen am Preisauftrieb niedrig, und in den übrigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte eine Normalisierung der Geldpolitik noch länger auf sich warten lassen. Hinzu kommen Anregungen von der Finanzpolitik, die insbesondere in den Vereinigten Staaten im kommenden Jahr voraussichtlich erheblich sein werden. Schließlich bessern sich die Absatzaussichten aufgrund einer wieder etwas kräftiger steigenden Nachfrage in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 2,1 Prozent. Der Verbraucherpreisanstieg zieht allmählich an, bleibt aber voraussichtlich moderat.

[2] Die Schätzung der fiskalischen Kosten ist mit erheblicher Unsicherheit behaftet, da wichtige Parameter nicht oder unzureichend spezifiziert sind. Nach Angaben des Committee for a Responsible Federal Budget könnten sie sich in einem Bereich von 1,3 bis 3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bewegen, je nach dem in welchem Umfang gleichzeitig Steuervergünstigungen gestrichen werden.

Tabelle 2:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt 2016–2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
		2016	2017	2018	2016	2017	2018
Weltwirtschaft	100,0	3,1	3,6	3,7	2,9	3,3	3,4
Fortgeschrittene Länder	43,1	1,7	2,2	2,1	0,7	1,6	1,8
China	17,8	6,7	6,5	6,0	2,0	2,2	2,2
Lateinamerika	6,9	-1,5	1,2	2,0	8,2	6,8	5,4
Indien	7,2	6,8	7,2	7,7	4,9	4,8	5,1
Ostasiatische Schwellenländer	4,9	4,8	4,9	5,0	2,4	3,3	3,5
Russland	3,2	-0,2	1,2	1,5	7,0	4,2	4,4
Nachrichtlich:							
Welthandelsvolumen		2,4	4,5	4,0			
Weltwirtschaft (gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 in US-Dollar)		2,6	3,1	3,1	2,2	2,7	2,9

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 nach Kaufkraftparität. Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 8.2 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwandt wird.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

In den Vereinigten Staaten dürfte sich der Produktionsanstieg auf 2,2 Prozent in diesem und 2,5 Prozent im nächsten Jahr beschleunigen. Maßgeblich für die Beschleunigung der Konjunktur ist vor allem, dass die Investitionen angesichts verbesserter Absatz- und Ertragserwartungen beschleunigt ausgeweitet werden. Das monetäre Umfeld bleibt trotz der erwarteten weiteren schrittweisen Anhebung der Notenbankzinsen günstig; die Realzinsen werden auch im kommenden Jahr noch ausgesprochen niedrig sein. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem spürbaren fiskalischen Impuls vor allem durch Steuersenkungen. Die Arbeitslosigkeit wird im Prognosezeitraum weiter sinken. Zwar sind wohl trotz der bereits niedrigen Arbeitslosenquote noch Reserven beim Arbeitsangebot vorhanden. Sie werden aber voraussichtlich nach und nach schwinden, so dass sich der Lohnauftrieb im Prognosezeitraum spürbar verstärken dürfte. In der Folge wird die Inflation trotz der dämpfenden Wirkung des höheren Außenwerts der amerikanischen Währung weiter anziehen, und 2018 bei 2,4 Prozent liegen (2017: 2,2 Prozent).

Die Wirtschaft im Euroraum ist erkennbar im Aufwind und expandiert in diesem und im kommenden Jahr um 2 bzw. 1,9 Prozent. Die Indikatoren zur Unternehmenszuversicht sind bereits seit Mitte 2016 deutlich aufwärts gerichtet und haben sich im Winterhalbjahr 2016/17 in kräftigen Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts niedergeschlagen. Vieles spricht dafür, dass sich die konjunkturelle Grundtendenz nach einer gut dreijährigen Phase der Erholung in mäßigem Tempo nun spürbar verstärkt hat. Sichtbar sind die Auftriebskräfte im Euroraum auch am Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit sinkt kontinuierlich – im April betrug sie 9,3 Prozent und war damit einen Prozentpunkt niedriger als ein Jahr zuvor –, und die Beschäftigung steigt konstant mit einer Rate von etwa 0,3 Prozent je Quartal. Im Prognosezeitraum wird die Konjunktur weiterhin durch sehr niedrige Zinsen und einen geringen Außenwert des Euro unterstützt. Leichte Anregungen kommen zudem von der Finanzpolitik. Haupttriebkraft bleibt die inländische Verwendung; vor allem die Investitionen dürften 2017 und 2018 deutlich stärker ausgeweitet werden als in den vergangenen Jahren. Die wirtschaftliche Expansion wird aber voraussichtlich auch von der außenwirtschaftlichen Seite gestützt. Der bremsende Effekt, den wir von einer verlangsamten Zunahme der inländischen Verwendung im Vereinigten Königreich erwarten, dürfte dadurch kompensiert werden, dass sich die Konjunktur im außereuropäischen Ausland verbessert. Die Inflation wird etwas höher ausfallen als in den vergangenen beiden Jahren, bleibt aber moderat. Sie

wird im Jahresdurchschnitt 2017 voraussichtlich auf 1,5 Prozent betragen und im kommenden Jahr, wenn die Effekte des Ölpreisanstiegs auf die Inflation ausgelaufen sind, wieder leicht auf 1,3 Prozent sinken. Die Arbeitslosenquote wird weiter zurückgehen und sich im Jahresdurchschnitt 2018 auf 8,6 Prozent belaufen.

Die Produktion im Vereinigten Königreich nimmt nur noch moderat zu. Der Inflationsanstieg infolge der Abwertung der britischen Währung hat die Kaufkraft der privaten Haushalte deutlich geschmälert und zu einer erheblichen Verlangsamung des privaten Konsums geführt, welche die Konjunktur im Vereinigten Königreich belastet. Wir rechnen damit, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte im laufenden Jahr nur noch um rund 1,5 Prozent steigen, nach 2,8 Prozent im vergangenen Jahr. Die Investitionen dürften als Folge verschlechterter Absatzperspektiven und der anhaltenden Unsicherheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen kaum mehr als stagnieren. Für den Jahresdurchschnitt 2017 erwarten wir eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts, die mit 1,6 Prozent nur moderat niedriger ist als im vergangenen Jahr (1,8 Prozent). Dies reflektiert freilich nicht zuletzt den kräftigen Anstieg der Produktion zum Ende des vergangenen Jahres (statistischer Überhang). Im vierten Quartal 2017 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion ihren Vorjahreswert wohl nur noch um 1,3 Prozent überschreiten. Das Ergebnis der Neuwahl des britischen Parlaments hat neue politische Unsicherheiten mit sich gebracht. Für die Prognose für 2018 gehen wir davon aus, dass es den politischen Akteuren gelingt, eine massive Verunsicherung der Wirtschaft über die zukünftigen Rahmenbedingungen abzuwenden. In diesem Fall könnte sich die britische Konjunktur in einem Umfeld geldpolitischer Unterstützung und weltwirtschaftlicher Belebung stabilisieren.

Die Expansion der chinesischen Volkswirtschaft wird sich in diesem und im nächsten Jahr verlangsamen. Die chinesische Regierung steht vor der Herausforderung, dem weiteren Aufbau finanzieller Ungleichgewichte in der Wirtschaft entgegenzutreten und dabei eine drastische Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion – eine „harte Landung“ der Konjunktur – zu vermeiden. Im Jahr 2016 hatte sie zunächst die Konjunktur durch expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen angekurbelt, seit einigen Monaten ist sie aber zunehmend darum bemüht, die Verschuldung einzudämmen, die insbesondere im Unternehmenssektor im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Hierzu wurden Kreditvergaberichtlinien insbesondere für den Immobiliensektor gestrafft und die Geldmarktzinsen angehoben, eine Politik, die sich offenbar bereits dämpfend auf Kreditvolumen und Investitionen im privaten Sektor auswirkt. Die Fiskalpolitik bleibt derweil weiter expansiv ausgerichtet, mit einem Fokus auf Investitionen in Infrastruktur, der gerade im Zusammenhang mit der länderübergreifenden Seidenstraßeninitiative nochmals bekräftigt worden ist. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die wirtschaftliche Expansion in China in diesem und im nächsten Jahr an Fahrt verlieren wird. Wir rechnen mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 6,5 bzw. 6 Prozent. Sollte die Regierung der im Wachstumstrend angelegten weiteren Abflachung der Expansionsraten in stärkerem Maße entgegenwirken als von uns unterstellt, würden zwar die Zuwachsraten im Prognosezeitraum höher ausfallen als von uns prognostiziert. Mittelfristig stiege aber durch die dann fortschreitende Kreditexpansion und die Verzerrung von Vermögenspreisen das Risiko krisenhafter Entwicklungen mit potenziell erheblichen negativen Auswirkungen auf die übrige Welt (Gern et al. 2015: IfW-Box 2015.12).

Für die übrigen Schwellenländer haben sich mit der Stabilisierung bei den Rohstoffpreisen die Konjunkturaussichten aufgehellt. Die gesamtwirtschaftliche Expansion in den übrigen Schwellenländern dürfte sich im Prognosezeitraum weiter verstärken. In vielen Ländern stützt dabei, dass das Niveau der Rohstoffpreise trotz des jüngsten Rückgangs immer noch deutlich höher sind, als an ihrem Tiefpunkt zu Beginn des vergangenen Jahres. Der Umschwung bei den Rohstoffpreisen führte nicht nur zu höheren Exporterlösen, sondern ging auch mit einer Höherbewertung der Währungen einher, die den Inflationsdruck gemindert und finanzielle Belastungen durch die Bedienung von auf Dollar lautenden

Anleihen reduziert hat. So haben sich die Rahmenbedingungen für eine Erholung von Konsum und Investitionen in vielen Ländern verbessert. Die Erholung der Konjunktur in Südamerika, zuletzt auch in Brasilien, dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. In den ölproduzierenden Staaten ist die Anpassung an das niedrigere Ölpreisniveau allerdings noch nicht vollständig abgeschlossen, zumal die Förderländer sich auf Produktionskürzungen verständigt haben, welche die Öleinnahmen von der Volumenseite her schmälern. So ist auch in Russland eine weiterhin restriktive Finanzpolitik zu erwarten, die einer kräftigen Beschleunigung der Konjunktur entgegensteht.

Risiken für die Prognose für die Prognose resultieren vor allem aus den politischen Unwägbarkeiten und möglichen Problemen im Zusammenhang mit der anstehenden Normalisierung der Geldpolitik. Die Sorgen um eine mögliche Abkehr vom Prinzip des Freihandels und eine Tendenz zur politischen und wirtschaftlichen Desintegration auf globaler oder regionaler Ebene, die nicht zuletzt im Gefolge der US-Präsidentschaftswahl Nahrung bekommen hatten, bestehen fort. Sie sind in den vergangenen Monaten aber wohl kleiner geworden, auch weil sich zuletzt systemkritische Kandidaten in Wahlen in mehreren europäischen Ländern nicht durchsetzen konnten. Auch bezüglich der Perspektiven für eine konstruktive Fortentwicklung der europäischen Institutionen ist das politische Umfeld nun wohl wieder besser. Nach wie vor besteht die Gefahr, dass es im Zusammenhang mit den Zinsanhebungen in den Vereinigten Staaten oder der für das kommende Jahr erwarteten Rückführung der Anleihekäufe im Euroraum zu Turbulenzen an den Finanzmärkten kommt, sind doch die derzeit in der Regel historisch hohen Bewertungen an den Aktienmärkten nur durch die niedrigen Zinsen zu rechtfertigen und die hohen Preise für Staatsanleihen nicht zuletzt auf die von den Notenbanken entfaltete Nachfrage nach diesen Papieren zurückzuführen. Entsprechend könnten sich aus Preiskorrekturen an den Finanzmärkten oder auch im Immobiliensektor, wo die Preise in einer Reihe von Ländern zuletzt stark gestiegen sind, im Prognosezeitraum Belastungen für die Konjunktur ergeben. Mehr und mehr werden zudem die negativen Nebenwirkungen der extrem niedrigen Zinsen mit steigenden Risiken für die Stabilität des Finanzsektors deutlich (OECD 2016: 34–43). Risiken bestehen schließlich auch für einige Schwellenländer, in denen die Verschuldung von Unternehmen und Haushalten in den vergangenen Jahren stark gestiegen ist.

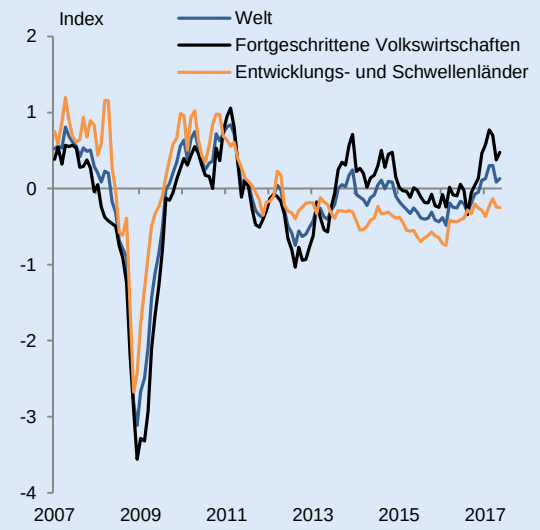
Datenanhang

INHALT

1. Weltkonjunktur 12
2. Vereinigte Staaten 13
3. Japan 14
4. Euroraum 15
5. Vereinigtes Königreich 16
6. China 17
7. Übrige Schwellenländer 18
8. Überblickstabellen 19

1. Weltkonjunktur

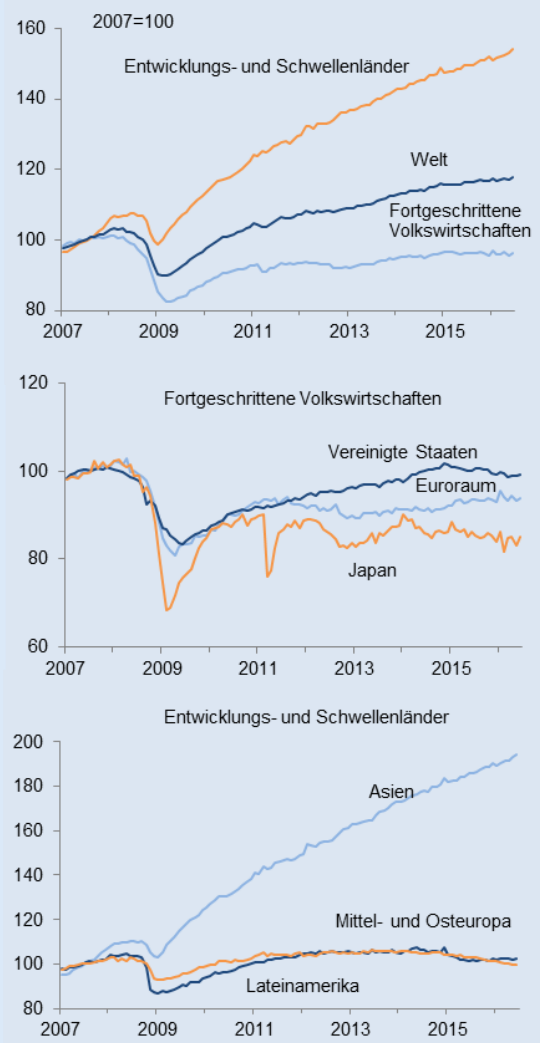
Abbildung 1.1:
Wirtschaftsklima nach Ländergruppen 2007–2017



Monatsdaten, saisonbereinigt; teilweise geschätzt; auf der Basis der im IfW-Indikator enthaltenen Stimmungsindikatoren für 42 Länder (34 fortgeschrittene Volkswirtschaften und 8 Schwellenländer).

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

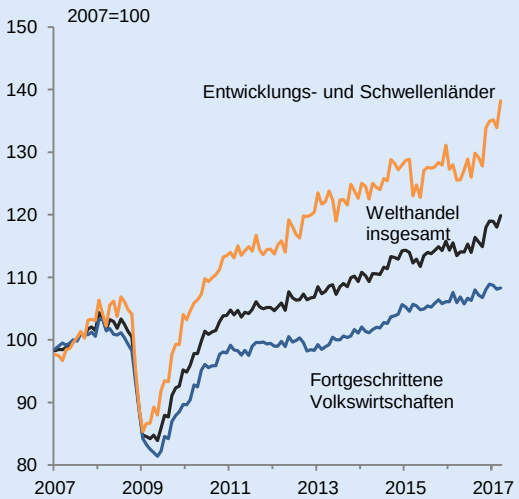
Abbildung 1.2:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen 2007–2017



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; eigene Berechnungen.

Abbildung 1.3:
Welthandel 2007–2017

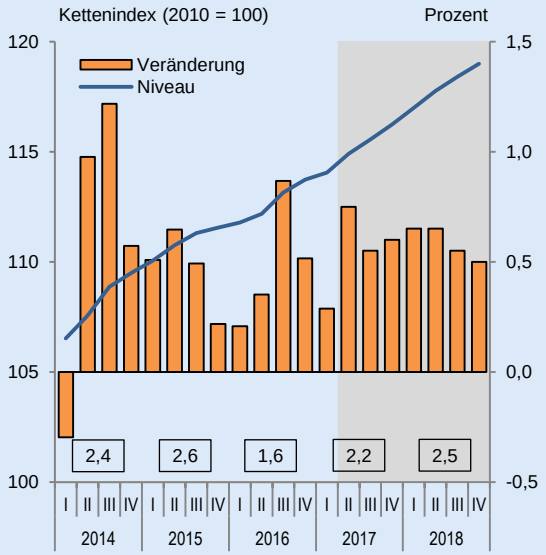


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, *World Trade Monitor*; eigene Berechnungen.

2. Vereinigte Staaten

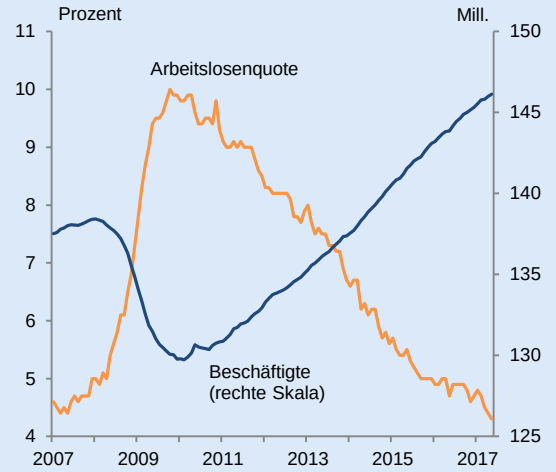
Abbildung 2.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Bureau of Economic Analysis, *National Income and Product Accounts;* grau hinterlegt: Prognose des IfW.

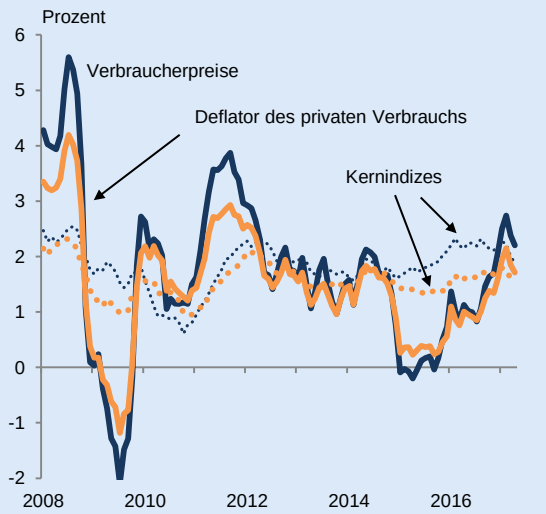
Abbildung 2.2:
Arbeitsmarkt 2007–2017



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: US Department of Labor, *Employment Situation*.

Abbildung 2.3:
Verbraucherpreisanstieg 2008–2017



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: US Department of Labor, *Consumer Price Index*.

Tabelle 2.1:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten 2015–2018

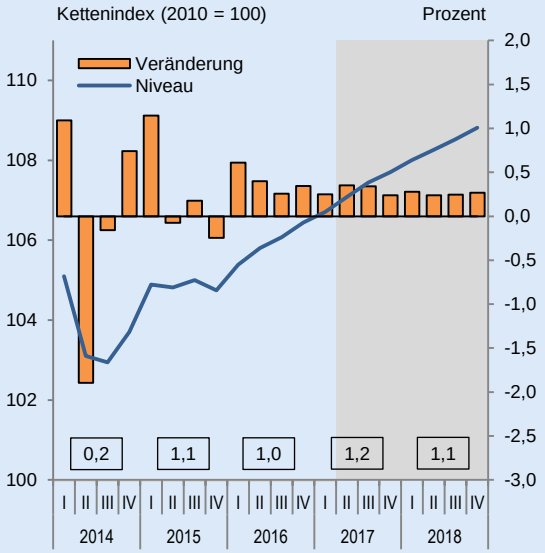
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,6	2,2	2,5
Inländische Verwendung	3,2	1,7	2,5	2,8
Private Konsumausgaben	3,2	2,7	2,5	2,8
Konsumausgaben des Staates	1,8	0,8	0,6	2,0
Anlageinvestitionen	4,0	0,7	4,9	4,0
Ausrüstungen	3,5	-2,9	2,7	3,6
Geistige Eigentumsrechte	4,8	4,7	4,1	3,2
Gewerbliche Bauten	-4,4	-2,9	8,8	5,0
Wohnungsbau	11,7	4,9	6,5	4,5
Vorratsveränderungen	0,2	-0,4	-0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,7	-0,1	-0,3	-0,3
Exporte	0,1	0,4	2,9	2,7
Importe	4,6	1,2	5,1	5,4
Verbraucherpreise	0,1	1,3	2,2	2,4
Arbeitslosenquote	5,3	4,9	4,4	4,3
Leistungsbilanzsaldo	-2,6	-2,4	-2,8	-3,1
Budgetsaldo (Bund)	-2,4	-3,2	-3,6	-4,0

Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbspersonen. Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: US Department of Commerce, *National Economic Accounts;* US Department of Labor, *Employment Situation and Consumer Price Index;* US Department of the Treasury, *Monthly Treasury Statement;* eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Japan

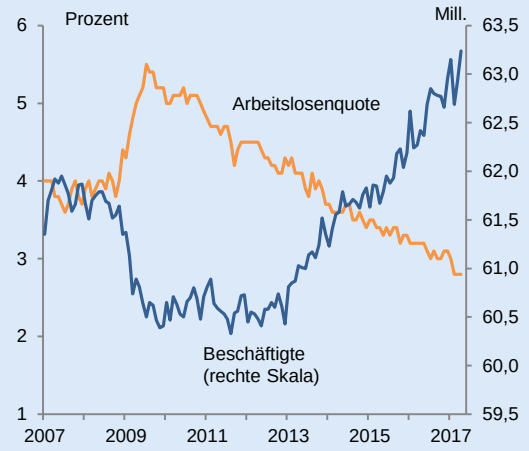
Abbildung 3.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014– 2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*. Grau hinterlegt: Prognose des IfW.

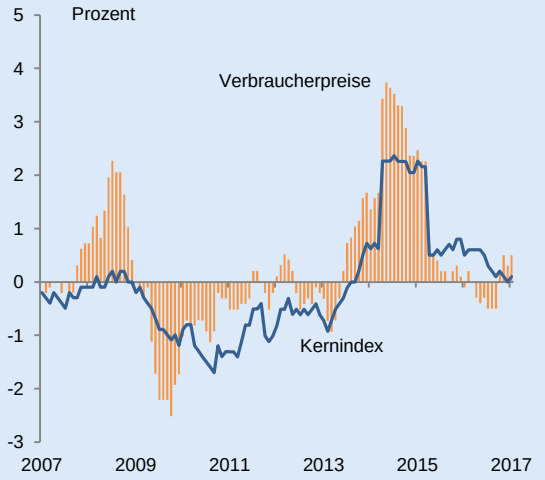
Abbildung 3.2:
Arbeitsmarkt 2007–2017



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Department of Labor.

Abbildung 3.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2017



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan, *Consumer Price Index*.

Tabelle 3.1:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan 2015–2018

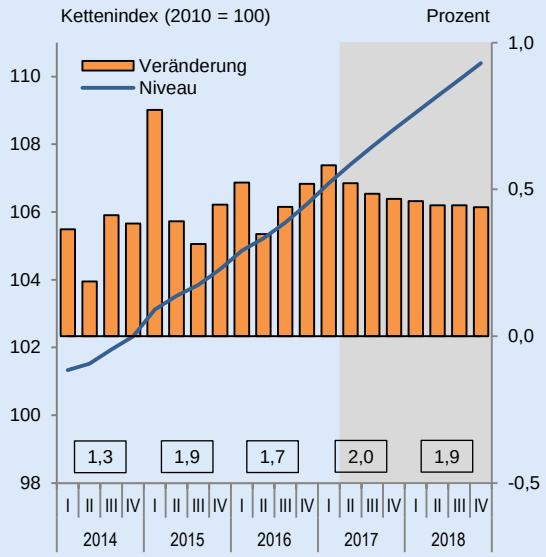
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,0	1,2	1,1
Inländische Verwendung	0,8	0,4	0,6	0,9
Private Konsumausgaben	-0,4	0,3	0,9	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,3	0,2	1,2
Anlageinvestitionen	0,1	1,0	1,8	0,9
Unternehmens-investitionen	1,1	1,4	3,3	1,6
Wohnungsbau	-1,8	5,5	2,6	1,6
Öffentliche Investitionen	-1,7	-2,9	-3,6	-1,8
Lagerinvestitionen	0,6	-0,3	-0,4	0,0
Außenbeitrag	0,3	0,4	0,5	0,1
Exporte	3,0	1,1	6,9	3,1
Importe	0,7	-2,3	3,0	2,1
Verbraucherpreise	0,8	-0,1	0,4	0,6
Arbeitslosenquote	3,4	3,1	2,8	2,6
Leistungsbilanzsaldo	3,1	3,9	4,1	4,2
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-5,4	-5,1	-4,8	-4,5

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Finanzierungssaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts;* OECD, *Main Economic Indicators;* eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

4. Euroraum

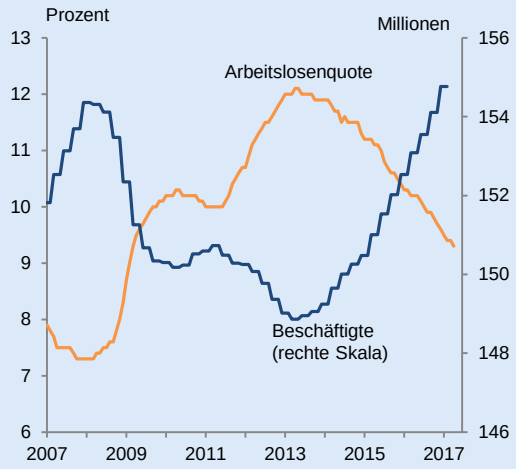
Abbildung 4.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechungen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

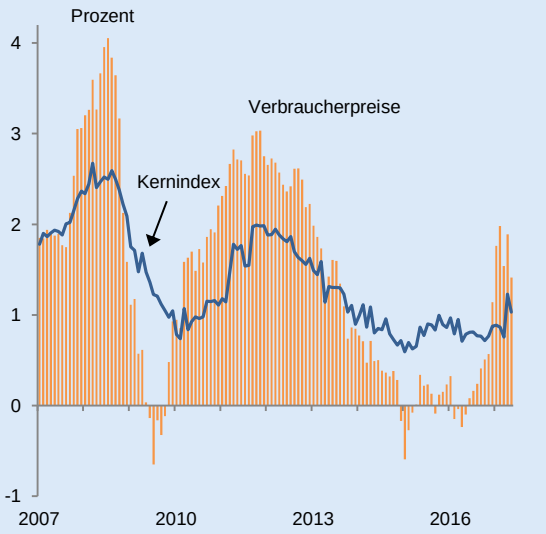
Abbildung 4.2:
Arbeitsmarkt 2007–2017



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat, *Arbeitsmarktstatistik*; EZB, *Monatsbericht*.

Abbildung 4.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2017



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat, *Preisstatistik*.

Tabelle 4.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum 2015–2018

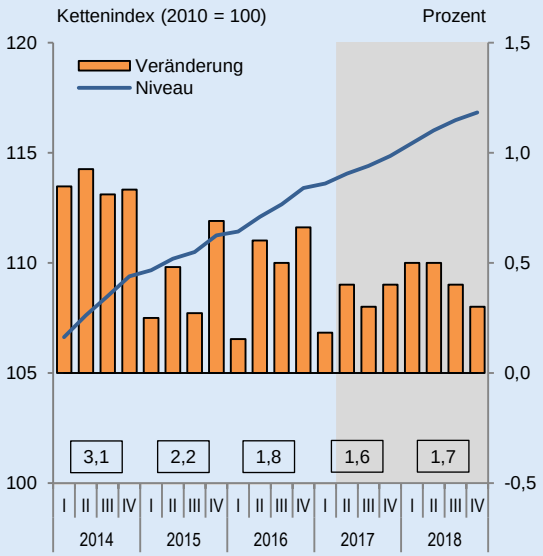
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,7	2,0	1,9
Inländische Verwendung	1,8	2,2	2,1	2,1
Private Konsumausgaben	1,8	2,0	1,6	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,3	1,8	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	3,0	3,4	4,4	3,7
Vorratsveränderungen	-0,1	-0,0	-0,1	0,0
Außenbeitrag	0,2	-0,4	-0,0	-0,1
Exporte	6,0	2,9	4,6	3,9
Importe	6,1	4,2	5,0	4,6
Verbraucherpreise	0,0	0,2	1,5	1,3
Arbeitslosenquote	10,9	10,0	9,2	8,6
Leistungsbilanzsaldo	3,2	3,3	3,3	3,1
Budgetsaldo	-2,1	-1,5	-1,3	-1,3

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Vereinigtes Königreich

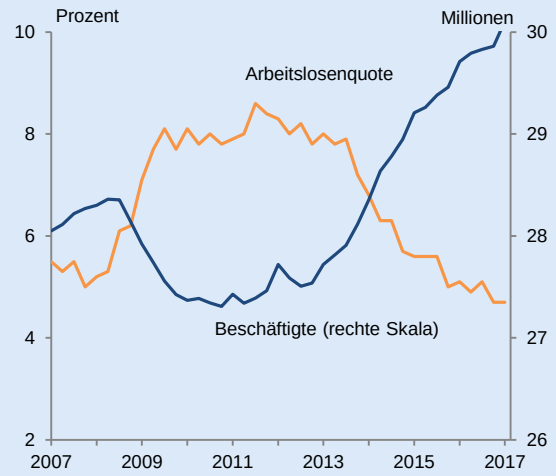
Abbildung 5.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechungen;* grau hinterlegt: Prognose des IfW.

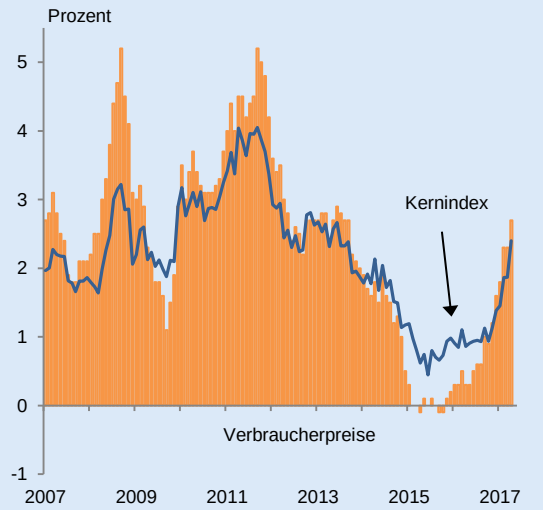
Abbildung 5.2:
Arbeitsmarkt 2007–2017



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 5.3:
Verbraucherpreisanstieg 2007–2017



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy.*

Tabelle 5.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich 2015–2018

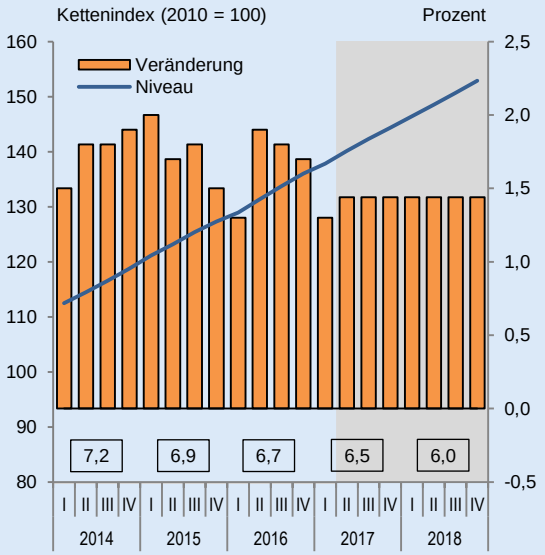
	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,8	1,6	1,7
Inländische Verwendung	2,5	1,2	1,3	1,1
Private Konsumausgaben	2,5	3,1	1,5	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,3	0,8	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	3,4	0,5	1,0	0,5
Vorratsveränderungen	0,0	-0,5	-0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,5	0,4	0,3	0,5
Exporte	6,1	1,4	2,3	2,8
Importe	5,5	2,5	1,0	1,0
Verbraucherpreise	0,1	0,7	2,7	2,5
Arbeitslosenquote	5,3	4,8	4,3	4,2
Leistungsbilanzsaldo	-4,3	-4,4	-4,0	-3,8
Budgetsaldo	-4,3	-3,0	-3,3	-3,8

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Arbeitslosenquote: in Relation zu den Erwerbspersonen. Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: UK Office for National Statistics, *Economy;* grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. China

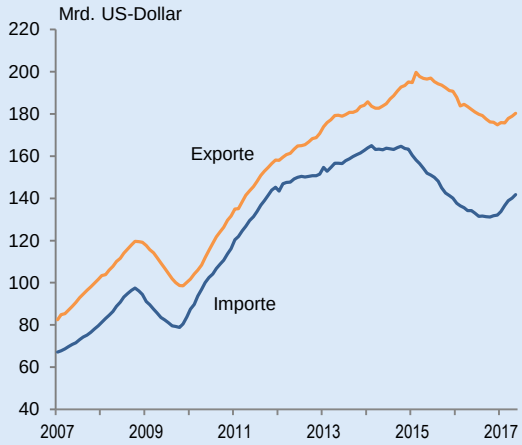
Abbildung 6.1:
Bruttoinlandsprodukt 2014–2018



Quartalsdaten, preis- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: National Bureau of Statistics China; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

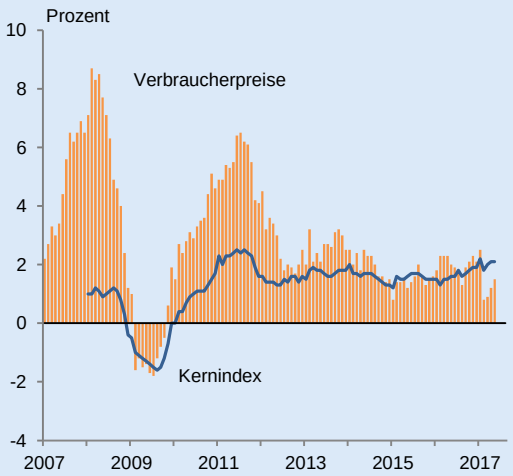
Abbildung 6.2:
Außenhandel 2007–2017



Monatswerte, gleitendes Mittel (12 Monate).

Quelle: General Administration of Costums; eigene Berechnungen.

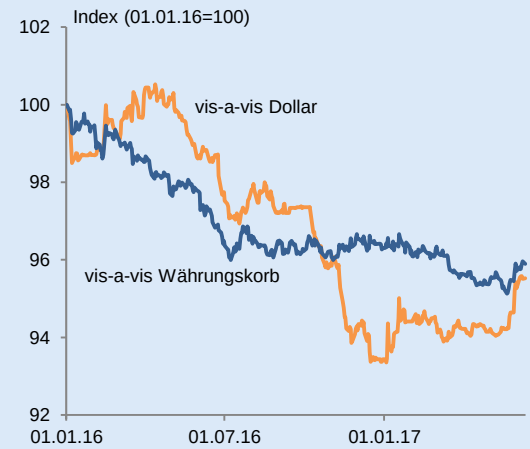
Abbildung 6.3:
Verbraucherpreise 2007–2017



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

Abbildung 6.4:
Wechselkurse

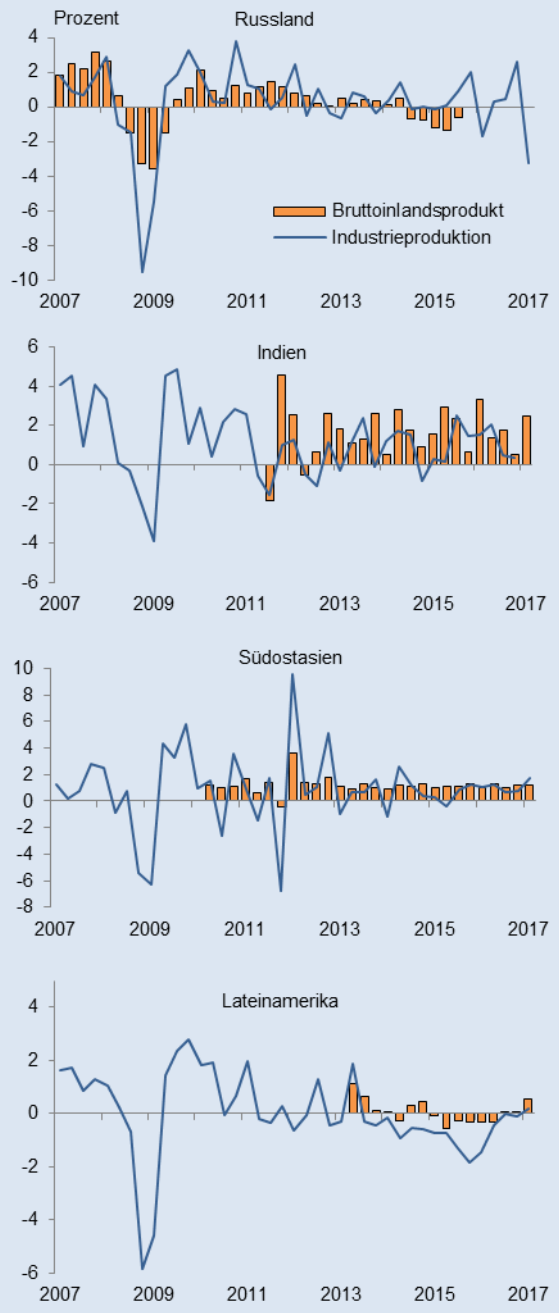


Tagesdaten.

Quelle: China Foreign Exchange Trade System; eigene Berechnungen.

7. Übrige Schwellenländer

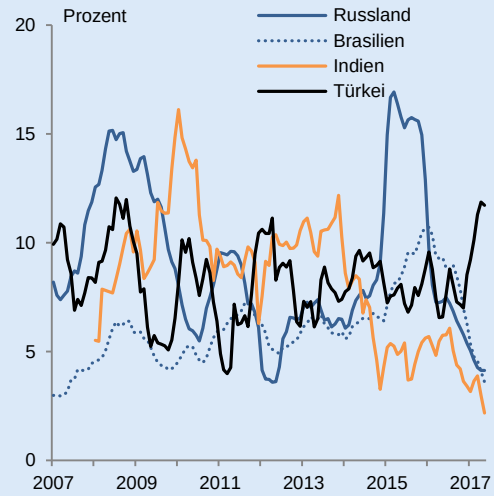
Abbildung 7.1:
Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion 2007–2016



Quartalsdaten: preis- und saisonbereinigt: Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Südostasien: gewichteter Durchschnitt für Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen; Lateinamerika: 4.Quartal 2015 bis 1. Quartal 2016 teilweise geschätzt.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; nationale statistische Ämter; eigene Berechnungen.

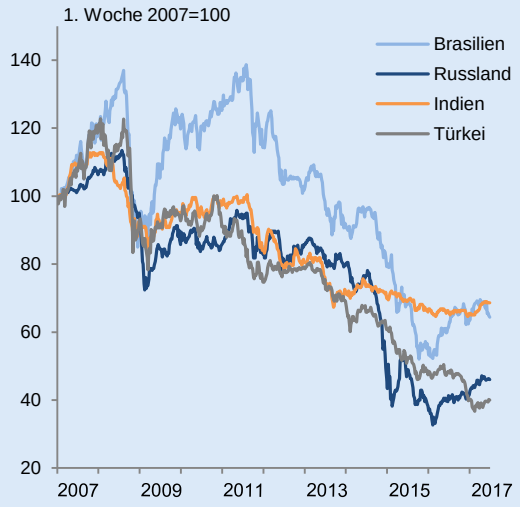
Abbildung 7.2:
Verbraucherpreise 2007–2016



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Federal State Statistics Service, *Russland*; Brasilianisches Institut für Geographie und Statistik, *Brasilien*; National Bureau of Statistics, *China*; Labour Bureau, *Indien*.

Abbildung 7.3:
US-Dollar-Wechselkurse 2007–2017



Wöchentliche Daten. Letzter Wert: 12.6. 2017.

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

8. Überblickstabellen

Tabelle 8.1:
Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2016–2018

	2016				2017				2018			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins												
Vereinigte Staaten	0,3	0,3	0,3	0,5	0,8	1,0	1,0	1,3	1,3	1,5	1,8	1,8
Japan	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Euroraum	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wechselkurse												
US-Dollar/Euro	1,10	1,13	1,12	1,07	1,07	1,11	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13	1,13
Yen/US-Dollar	115,3	108,8	102,5	109,4	113,6	111,5	112,0	112,0	112,0	112,0	112,0	112,0
Ölpreis (Brent) in US-Dollar	35,3	46,8	47,0	49,5	54,7	51,9	52,2	52,4	52,7	52,9	53,2	53,4
HWWI-Index für Industrierohstoffe	87,7	95,2	97,5	108,8	123,1	111,6	113,3	116,1	119,0	121,2	123,0	124,8

Leitzins: Vereinigte Staaten: Untergrenze des Zielbandes für die Fed Funds Rate; Japan: Tagesgeldzins; Euroraum: Hauptrefinanzierungssatz.

Quelle: HWWI, *Rohstoffpreisindex*; IMF, *International Financial Statistics*; Federal Reserve Bank, *Intended Federal Funds Rate*; EZB, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2016–2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Europäische Union	37,0	1,9	2,1	1,9	0,3	1,7	1,6	8,6	7,8	7,4
Euroraum	26,8	1,7	2,0	1,9	0,2	1,5	1,3	10,1	9,2	8,6
Vereinigtes Königreich	6,0	1,8	1,6	1,7	0,7	2,7	2,5	4,8	4,3	4,2
Schweden	1,1	3,1	2,1	1,8	1,0	1,6	1,6	7,0	6,7	6,6
Polen	1,1	2,8	3,9	2,9	-0,7	2,5	2,4	6,2	4,7	4,3
Schweiz	1,5	1,3	1,1	1,4	-0,4	0,4	0,5	4,6	4,5	4,3
Norwegen	0,9	1,0	1,5	1,6	3,5	2,0	2,0	4,8	4,7	4,6
Vereinigte Staaten	40,9	1,6	2,2	2,5	1,3	2,2	2,4	4,9	4,8	4,6
Kanada	3,5	1,4	2,8	2,5	1,4	2,0	2,1	7,0	6,6	6,2
Japan	9,9	1,0	1,2	1,1	-0,1	0,4	0,6	3,1	2,8	2,6
Südkorea	3,1	2,8	3,0	2,7	1,0	1,9	1,8	3,7	3,7	3,6
Australien	3,0	2,5	2,2	2,7	1,3	2,0	2,4	5,7	5,6	5,5
Aufgeführte Länder	100,0	1,7	2,2	2,2	0,8	1,9	1,9	6,3	5,9	5,6

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 in US-Dollar. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2015.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF, *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.3:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2016–2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		2016	2017	2018	2016	2017	2018	2016	2017	2018
Deutschland	20,6	1,8	2,0	2,0	0,4	1,6	1,5	4,1	3,7	3,5
Frankreich	14,8	1,1	1,5	1,5	0,3	1,3	1,1	10,1	9,5	9,1
Italien	11,1	1,0	1,3	1,2	-0,1	1,2	0,9	11,7	11,2	10,9
Spanien	7,4	3,2	2,9	2,1	-0,3	2,2	2,0	19,7	17,4	16,0
Niederlande	4,6	2,1	2,2	1,9	0,1	1,2	1,0	6,0	5,0	4,5
Belgien	2,8	1,2	1,8	1,7	1,8	2,4	2,0	7,9	6,8	6,6
Österreich	2,3	1,6	2,1	1,7	1,0	1,8	1,6	6,0	5,8	5,6
Irland	1,7	5,2	5,2	4,0	-0,3	0,4	0,5	7,9	6,2	5,0
Finnland	1,4	1,5	2,8	1,9	0,4	1,2	1,0	8,8	8,8	8,5
Portugal	1,2	1,4	2,8	2,0	0,6	1,3	1,2	11,2	9,6	8,8
Griechenland	1,2	0,0	0,7	1,8	0,0	1,3	1,1	23,6	22,2	20,7
Slowakei	0,5	3,3	3,3	3,8	-0,5	1,1	1,3	9,7	8,2	7,0
Luxemburg	0,4	4,2	4,3	3,2	0,0	2,3	2,2	6,3	5,9	5,6
Slowenien	0,3	2,7	4,9	3,5	-0,2	1,9	1,9	8,0	7,3	6,7
Litauen	0,3	2,2	4,4	3,9	0,7	2,6	2,5	7,9	7,4	6,9
Lettland	0,2	1,3	4,6	4,0	0,1	2,7	2,7	9,6	8,7	8,1
Estland	0,1	1,7	4,4	3,7	0,8	2,6	2,5	6,8	5,6	5,0
Zypern	0,1	2,8	3,0	3,1	-1,2	1,2	1,2	13,1	12,1	11,0
Malta	0,1	5,0	3,9	3,6	0,9	1,4	1,5	4,7	4,1	4,0
Vereinigtes Königreich	17,5	1,8	1,6	1,7	0,7	2,7	2,5	4,8	4,3	4,2
Schweden	3,0	3,1	2,1	1,8	1,0	1,6	1,6	7,0	6,7	6,6
Polen	2,9	2,8	3,9	2,9	-0,7	2,5	2,4	6,2	4,7	4,3
Dänemark	1,8	1,1	2,0	1,7	0,3	1,1	1,2	6,2	6,0	5,8
Tschechien	1,1	2,3	3,0	3,0	0,7	2,1	2,2	4,0	3,1	2,9
Rumänien	1,1	4,8	4,8	3,9	-1,1	1,3	1,5	5,9	5,2	4,9
Ungarn	0,7	1,4	3,2	2,2	0,4	2,8	2,9	5,1	4,1	3,8
Bulgarien	0,3	3,4	3,4	3,1	-1,1	1,5	2,2	7,6	6,5	6,1
Kroatien	0,3	2,6	2,9	2,3	-0,6	1,2	1,3	13,3	10,8	9,0
Europäische Union	100,0	1,9	2,1	1,9	0,3	1,7	1,6	8,6	7,8	7,4
Nachrichtlich:										
Europäische Union 15	91,9	1,8	1,9	1,8	0,4	1,7	1,5	9,0	8,2	7,8
Beitrittsländer	8,1	2,8	3,7	3,1	0,0	0,2	0,3	6,7	5,6	5,2
Euroraum	71,2	1,7	2,0	1,9	0,2	1,5	1,3	10,1	9,2	8,6
Euroraum ohne Deutschland	50,5	1,7	2,0	1,8	0,2	1,5	1,3	12,2	11,1	10,5

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2015. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2015. Beitrittsländer seit 2004.

Quelle: Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 8.4:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern 2015–2018

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
Indonesien	6,0	4,9	5,0	5,1	5,4	6,4	3,5	4,1	4,3
Thailand	2,3	3,0	3,2	3,5	3,5	-0,9	0,2	0,6	2,0
Malaysia	1,7	5,0	4,2	5,2	4,7	2,1	2,1	4,2	3,0
Philippinen	1,6	6,1	6,9	6,0	6,0	1,4	1,8	3,3	3,5
Insgesamt	11,6	4,7	4,8	4,9	5,0	3,6	2,4	3,3	3,5
China	42,0	6,9	6,7	6,5	6,0	1,4	2,0	2,2	2,2
Indien	17,1	7,9	6,8	7,2	7,7	4,9	4,9	4,8	5,1
Asien insgesamt	70,7	6,8	6,4	6,4	6,2	2,6	2,8	3,0	3,1
Brasilien	6,2	-3,8	-3,6	0,6	1,6	9,0	8,7	4,4	4,5
Mexiko	4,6	2,7	2,0	2,5	2,2	2,7	2,8	5,0	3,3
Argentinien	1,7	2,6	-2,3	2,7	3,9	25,0	25,0	25,6	18,7
Kolumbien	1,4	3,1	2,0	1,0	2,1	5,0	7,5	4,4	3,1
Venezuela	0,8	-6,2	-18,0	-4,5	-3,0	121,7	254,9	-	-
Chile	0,9	2,2	1,5	0,9	2,6	4,3	3,8	2,8	3,0
Peru	0,8	3,3	3,9	2,7	3,7	3,5	3,6	3,0	2,5
Lateinamerika insgesamt	16,4	-0,2	-1,5	1,2	2,0	8,0	8,2	6,8	5,4
Russland	7,5	-2,8	-0,2	1,2	1,5	15,5	7,0	4,2	4,4
Türkei	3,9	6,1	3,1	3,0	3,5	7,7	7,8	10,0	9,0
Südafrika	1,5	1,3	0,3	0,8	1,6	4,6	6,3	6,1	5,8
Aufgeführte Länder	100,0	4,8	4,4	5,0	5,0	4,7	4,2	4,0	3,9

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 nach Kaufkraftparitäten. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Literatur

Deutsche Bundesbank (2017). *Monatsbericht*. Mai. Frankfurt am Main.

Fiedler, S. (2017). Zur Unternehmenssteuerreform in den USA. IfW-Box 2017.4. Via Internet (13. Juni 2017) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2017/box_2017-4_unternehmenssteuerreform_usa>.

Gern, K.-J., P. Hauber und G. Potjagailo (2015). Zu den globalen Auswirkungen einer harten Landung der Konjunktur in China. IfW-Box 2015.12. Via Internet (13. Juni 2017) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2015/box_2015-12_konjunktur_china.pdf>.

Kooths, S., und G. Potjagailo (2017). Zur Protektionismusgefahr im transatlantischen Wirtschaftsraum. IfW-Box 2017.1. Via Internet (13. Juni 2017) <https://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/prognosezentrum/konjunkt/ifw-box/2017/box_2017-1_protektionismusgefahr>.

OECD (2016). Economic Outlook 2016 Issue 2. Paris. November.

OECD (2017). Economic Outlook 2017 Issue 1. Paris. Juni.

Office for a Responsible Federal Budget (2017). How much will Trump's tax plan cost? Via Internet (14. Juni 2017) <http://www.crfb.org/blogs/how-much-will-trumps-tax-plan-cost>